

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 10. März 2022 / Jeudi matin, 10 mars 2022

2. Priorität – Grosser Rat / 2^e priorité – Grand Conseil

51 2021.RRGR.203 Motion 134-2021 Grüne (Vanoni, Zollikofen)
Zusammensetzung des Ratspräsidiums: Den Turnus mit dem Gesetz in Einklang bringen

51 2021.RRGR.203 Motion 134-2021 Les Verts (Vanoni, Zollikofen)
Composition de la présidence du Grand Conseil : mettre le modèle d'alternance en accord avec la loi

Le président. Nous passons à présent aux objets de deuxième priorité, les objets qui concernent le Grand Conseil : nous sommes à l'affaire du point numéro 51 de l'ordre du jour. Il s'agit d'une motion du groupe des Verts. Le Bureau du Grand Conseil propose l'acceptation de cette motion sous la forme d'un postulat. Le groupe des Verts, je suppose, n'est pas d'accord avec cette proposition. – Alors, je laisse la parole au porte-parole du groupe des Verts, M. le député Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Motionär. Die Motion der grünen Fraktion, die ich hier vertrete, ist im Nachgang zur Nichtwahl eines grünen Vertreters ins Ratspräsidium eingereicht worden. Das ist bereits zum zweiten Mal in Folge passiert und hat – nicht nur in unserer Fraktion – grosse Verärgerung ausgelöst. Ich möchte aber nicht weiter über diese Geschichte sprechen. Ich will nur festhalten: Mit dieser Nicht-Wahl wurde die gesetzliche Bestimmung in Art. 20 Abs. 3 des Grossratsgesetzes (GRG) eindeutig verletzt. Es steht dort: «Der Stärke der Fraktionen ist angemessen Rechnung zu tragen.»

Ich möchte das betonen: Heute – bei diesem Vorstoss – geht es nicht um den Anspruch der Grünen auf eine Vertretung im Ratspräsidium – ein Anspruch, der gut begründet war und ist, und trotzdem missachtet wurde. Es geht um das gesetzlich festgelegte Prinzip – und jetzt auch konkret darum, einen Weg zu finden, wie bei künftigen Präsidiumswahlen die gesetzliche Vorgabe eingehalten werden kann. Der traditionelle, zuletzt im Jahr 2012 von allen bestätigte Turnus wurde zwei Mal nicht mehr befolgt – es geht darum, diesen zu ersetzen.

Die grüne Fraktion hat die Problematik in der ausführlichen Begründung der Motion detailliert dargelegt, und auch Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, wie der Turnus bei der Besetzung des Grossratspräsidiums wieder in Einklang mit dem Gesetz gebracht werden kann. Ich will diese Begründung nicht wiederholen; Sie haben sie sicher alle sehr gründlich studiert. Das Büro ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, und das Anliegen vertieft zu prüfen – es anerkennt mit anderen Worten den Handlungsbedarf und gibt uns in der Analyse eigentlich Recht. Das ist schon ein Fortschritt in der Diskussion, die nun schon seit zehn Jahren andauert, und immer wieder aufflammt.

In seiner Antwort erinnert das Büro daran, dass wir eigentlich schon im Jahr 2018 – vor vier Jahren – soweit waren: Damals haben sich die Fraktionspräsidien und das Ratspräsidium auf einen neuen Turnus geeinigt, der im Büro zur Kenntnis genommen wurde – der dann aber nicht von allen Fraktionen anerkannt wurde und bei der letzten Vizepräsidiumswahl nicht beachtet wurde. Ich möchte auch darauf nicht weiter eingehen, aber auf Folgendes hinweisen: Zum damaligen Vorschlag gehörte, dass die Fraktionen jeweils nach der Neuwahl des Grossen Rates zusammensitzen und einen definitiven Vorschlag für die Abfolge der Präsidiumswahlen in den nächsten sechs Jahren machen. Die nächsten Grossratswahlen – das wissen wir alle – sind in gut zwei Wochen! Wir sind natürlich auch der Meinung, dass wir diese Wahlen abwarten und danach beurteilen müssen, wie es um die Stärke der Fraktionen steht und wie ein fairer, und gesetzeskonformer Turnus aussehen könnte. Aber diese Beurteilung muss vor den Präsidiumswahlen in der kommenden Sommersession im Juni

erfolgen – und die Fraktionen bzw. allfällige Kandidierende sollten wissen, worauf sie sich einlassen.

Das Büro ist bereit, die Frage des Turnus noch eingehender zu prüfen, und das als Postulat anzunehmen – dagegen ist nichts einzuwenden. Darum spricht aus unserer Sicht auch nichts gegen ein Postulat. Aber die Frage ist, wie lange das noch geprüft werden soll. Wenn die Ausgangslage nach den Wahlen klar ist, dann sollte die Prüfung rasch erfolgen und rasch zu einem Resultat führen können. Wir möchten heute gerne hören, ob die anderen Fraktionen es auch so sehen, dass bei den nächsten Präsidiumswahlen – also im Juni – die Zusammensetzung des Präsidiums wieder in Einklang mit dem Gesetz gebracht werden muss. Geeignete Kandidatinnen und Kandidaten natürlich vorausgesetzt...

Die grüne Fraktion bittet um Zustimmung zur Motion, um ein klares Zeichen dafür zu setzen, dies bei den nächsten Wahlen wieder in Ordnung zu bringen – oder jedenfalls mindestens zum Postulat. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Ich wiederhole es nochmals: Es geht jetzt nicht um den konkreten Anspruch der Grünen auf eine Vertretung im Präsidium. Es geht grundsätzlich um die Einhaltung des GRG – und es geht damit auch um die Glaubwürdigkeit des Grossen Rates als Gesetzgeber. *(Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'orateur de conclure.)* Wenn wir schon Gesetzesregeln aufstellen in eigener Sache, dann sollten wir uns auch daran halten!

Le président. La parole est ouverte aux groupes qui la souhaitent. La motion est toujours une motion, à ce stade. La parole est au groupe du Centre par M. le député Gerber.

Peter Gerber, Schöpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Mitte-Fraktion hat sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Wir haben den Eindruck, dass es eine saubere, faire Wahl war. Ich will darauf nicht mehr zurückkommen; wir sind aber selbstverständlich bereit, dies zu prüfen. Wir folgen dem Vorschlag des Büros einstimmig, und ich bitte den Vorredner darum, in ein Postulat umzuwandeln.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Fraktionssprecher. Ich glaube, eine Interessenbindung muss ich nicht ablegen. Ich bin nicht Kandidat. Nein, Spass beiseite! Dieser Wahlmodus, das ist klar, ist seit Jahren ein Thema. Er ist auch seit Jahren umstritten. Das liegt in der Natur der Sache. Das ist auch gut so. In der Politik müssen wir Entscheidungen fällen. Wir müssen abwägen. Im GRG ist klipp und klar formuliert: «angemessen Rechnung zu tragen». Klipp und klar? Ja und nein. Was ist angemessen? Für mich und für die FDP-Fraktion liegt es aber eindeutig der Natur der Sache, dass der Grosse Rat – wir hier in diesem Saal – mit einer Wahl festlegen, was wir für angemessen halten.

Grossratsmitglieder wählen und stimmen ohne Weisung. Da können die Fraktionspräsidien noch lange irgendwelche Abmachungen treffen. Wenn hier mehrere Kandidaturen zur Wahl stehen, dann wählt der Grosse Rat so wie er will. Grossrat Vanoni kann noch so oft behaupten, dass wir damit das GRG verletzen. Das stimmt einfach nicht. Das stimmt nicht! Es liegt keine Verletzung des GRG vor. Der Rat wählt ohne Weisung, und legt mit der Wahl fest, was er für angemessen hält. Deshalb lehnt die FDP diesen Vorstoss ab.

Barbara Stucki, Stettlen (glp), Fraktionssprecherin. Die glp-Fraktion ist mit dem Motionär ein bisschen mehr einig als mit den FDP-Sprecher. Es entspricht der Tatsache, dass der Anteil der ehemals kleinen Fraktionen seit den letzten zwei Grossratswahlen stark gewachsen ist. Heute kann man eigentlich nur noch von zwei grossen Fraktionen sprechen – der SP und von der SVP. Die nächsten Gesamterneuerungswahlen stehen unmittelbar bevor, wir wissen es alle, wir spüren es alle, und es ist noch nicht abschätzbar, wie sich die Fraktionsgrössen entwickeln. Es macht aus unserer Sicht aber Sinn, dass sich das Büro des Grossen Rates oder die Fraktionspräsidien anlässlich der konstituierenden Sitzungen, die sowieso vor der nächsten Legislatur stattfinden, auf einen von allen akzeptierten Verteilschlüssel einigen, den wir dann auch einhalten.

Es ist im Sinne der glp-Fraktion, dass alle Fraktionen in einer einigermaßen verlässlichen Regelmässigkeit im Ratspräsidium vertreten sind. Stefan Costa hat Recht: Am Schluss wählt der Grosse Rat. Aber wie gesagt: *einigermassen* verlässlich soll doch der Turnus schon sein. Es ist aus unserer Sicht auch anzustreben, dass eine angemessene Vertretung der Wahlkreise, der Amtssprache und der Geschlechter anstrebt – sofern das möglich ist bei den Kandidierenden, die sich zur Verfügung stellen. Ob es dafür eine Anpassung der Geschäftsordnung des GRG oder einfach eine Regelung untereinander braucht, müssen wir prüfen, aber das lässt der Motionstext ja offen. In diesem Sinne unterstützt unsere Fraktion den Vorstoss als Motion, aber auch als Postulat.

Stefan Jordi, Bern (SP), Fraktionssprecher. Die Stärke von Parlamenten ist die Fähigkeit, auch für sich selber Regelungen zu schaffen und potenzielle Konflikte zu vermeiden oder sie zu lösen. Das ist aus meiner Sicht die Stärke eines Parlaments. Einfach aussitzen, nichts machen und hoffen, dass die Konflikte nicht wieder auftreten, ist nicht der schlaue Weg, sondern ein Zeichen von Schwäche. Ich glaube es ist allen klar, dass in dieser Frage ein Konflikt vorliegt; er wurde vom Sprecher der grünen Fraktion auch beschrieben und vom Büro in seiner Antwort genannt. Was ist die Regelung, die wir in dieser Angelegenheit haben? Es ist so, wie es bereits mehrmals genannt worden ist: Der Stärke der Fraktionen ist angemessen Rechnung zu tragen im Hinblick auf das Grossratspräsidium. Ich glaube, das ist klar.

Fakt ist, dass eine Fraktion – nämlich die viertgrösste Fraktion – ihren Anspruch für das Jahr 2023 angemeldet hat. Sie hätte dann nach 15 Jahren wieder das Präsidium übernommen. Wenn wir also die Regelung beachtet hätten, hätte dies der Fall sein sollen. Falls die Fraktionsgrössen in diesem Saal so bleiben, wie es vielleicht alle hoffen, hätte die grüne Fraktion im Jahr 2025 wieder Anspruch auf das Präsidium – also nach 17 Jahren. Keine einzige Fraktion hier – keine einzige – in vergleichbarer Grösse musste so lange warten wie die grüne Fraktion. Es ist unserer Sicht ist natürlich nicht angemessen, während so langer Zeit kein Präsidium innehaben zu können.

Ja, Stefan Costa, man kann dieses Jekami natürlich noch weitere Jahre so führen. Es ist natürlich eine Binsenwahrheit, dass hier in diesem Saal gewählt wird – ich glaube, das ist allen klar. Aber wir hoffen, dass durch die Annahme zumindest des Postulats – wir unterstützen auch die Motion –, hier verlässlichere Regelungen geschaffen werden. Ich komme dann am Schluss noch einmal darauf zurück, welche Praxis wir in der Personalplanung angehen.

Zu diesen Regelungen: Wir haben eine Regelung! Es wurde vorher wieder genannt, dass auch die Regionen vertreten sein müssen. Man könnte natürlich diesen Regelkatalog noch ausweiten. Für uns ist bspw. auch die Parität der Geschlechter ein Thema. Sie wissen, dass wir in den letzten Jahren hier nur männliche Vertretungen als höchsten Berner hatten – hier reicht die männliche Form. Die letzte Person, die eine Frau war, steht jetzt hier vor mir – Ursula Zybach. Es ist auch schon eine Weile her – nämlich vier Jahre –, dass sie dieses Amt innehatte.

Das Büro erwähnt in seiner Antwort, dass man das Thuner Modell vertieft prüfen solle. Dort hat man sich vor vier Jahren zusammengesetzt und ausgehandelt, wie das aussehen soll. Die Aushandlungsvariante lässt natürlich auch einiges offen. Was beachtet man dann? Es ist auch nur eine Aushandlungsvariante. Aber was wichtig ist: Zumindest existiert während vier Jahren Verlässlichkeit. Wir finden deshalb, dass dies ein Ansatz ist, den man sicher prüfen kann. Man muss sich bei dieser Frage auch überlegen, was die Funktion des höchsten Berners oder der höchsten Bernerin ist. Was muss diese Person wahrnehmen? Muss sie verschiedene Regionen, Gruppierungen oder Ansichten vertreten? Das kann man bei dieser Diskussion sicher auch noch mit einbeziehen.

Wie gesagt: Wie machen wir das bei uns in der SP-Fraktion? Das ist für uns eine grosse Sache. Wir überlegen uns das in unserer weitsichtigen – oder vorausschauenden – Personalplanung. Wer könnte ein solches Amt einnehmen? Man muss diese Person dann auch vorbereiten etc. Ich weiss nicht, wie dies die anderen Fraktionen machen, aber dies einfach nicht zu regeln – das kann nicht die Lösung sein. Es braucht eine Regelung, bei der verschiedene Komponenten beachtet werden, damit man diese Personen für das Amt vorbereiten kann und nicht einfach sagt: «Man kann hier wählen und es kann dann jeder...» Wenn einfach hier in diesem Saal gewählt werden soll, kann man auch die Regelung, dass die Fraktionen angemessen vertreten sein sollen, streichen. Ich glau-

be nicht, dass dies ein zielführendes Vorgehen ist. Deshalb unterstützen wir die Motion, und im Falle einer Umwandlung auch das Postulat.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Fraktionssprecher. Jedes Gemeindeparlament, das ich kenne, hat eine Regelung, die festlegt, dass das Präsidium auf einer arithmetischen Basis bestimmt und geplant wird, und dass dies auch entsprechend umgesetzt wird. Deshalb hat es mich bei den Hickhack-Übungen, die wir hier hatten, immer mit einer gewissen Peinlichkeit berührt, dass wir den höchsten Berner nicht mit einer solchen Logik vorbestimmen und planen können.

Eine kleine Fraktion wie die EVP kann eine Person für ein solches Amt nicht einfach so aus dem Hut zaubern. Das braucht eine Vorbereitung. Man muss das entsprechend mit einer gewissen Verlässlichkeit über die zwei Vizepräsidien-Jahre hinaus planen und ist deshalb auf eine Planung anhand der Fraktionsstärken in der Grössenordnung von sechs Jahren angewiesen – das heisst eine Legislatur plus zwei Jahre, in denen ja dann die Vizepräsidien nachklingen. Das ist nicht wissenschaftlich oder was weiss ich für eine Übung: Das ist eine ziemlich einfache Sache. Man muss nur wollen. Die EVP-Fraktion will, und wir werden deshalb einer Motion oder auch einem Postulat zustimmen, und bitten Sie, das ebenfalls zu tun.

Barbara Josi, Wimmis (SVP), Fraktionssprecherin. Wenn Grossrat Vanoni hier nach vorne kommt und sagt, das sei kein grünes, sondern ein allgemeines Anliegen, kann ich dem nicht so gut folgen, weil es ja aufgrund der Ereignisse vor einem Jahr eingebracht wird, als ein grüner Kandidat nicht gewählt wurde. Im Jahr 2018 gab es eine Sitzung der Fraktionspräsidenten unter der Leitung von Grossratspräsidentin Zybach – der letzten Frau. Dieses Votum, die Frauen ein bisschen zu fördern, kann ich übrigens auch unterstützen. Das passt nicht so zur SVP, aber ich würde das unterstützen. An dieser Sitzung wurde beschlossen, wie das funktionieren soll, und es waren alle einverstanden.

Wenn man ausserdem sagt, wie lange die Grünen schon auf ein Präsidium warten müssen, möchte ich hier einfach auch erklären, dass sie im Jahr 2018 zugunsten der Sache darauf verzichtet haben, einen Kandidaten zu stellen. All diese Dinge wurden aus meiner Sicht hier noch nicht gesagt. Es ist eine Wahl. Was Markus Wenger gesagt hat, unterstütze ich auch vollkommen: Es muss jemand sein, der das machen will, und der den zeitlichen Aufwand auf sich nehmen kann. Ich glaube, wir sind diesbezüglich in den Fraktionen nicht alle gleich unterwegs.

Es läuft jetzt genau so wie es 2018 beschlossen wurde – bis auf das nächste Jahr, wenn die Mitte statt der Grünen zum Zug kommt. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Auch ein Postulat lehnen wir knapp ab. Ich bitte Sie, dem so zu folgen.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Auch ich bin der Meinung, dass die Diskussion, die wir hier immer wieder führen in den letzten Jahren, wirklich peinlich ist. Ich bin jetzt noch nicht so lange hier in diesem Rat, aber das müsste nicht sein. Ich bin von der kleinsten Fraktion hier; von uns hat niemand die Ambition, in absehbarer Zeit das Ratspräsidium auszuüben. Ich denke deshalb, dass ich aus einer gewissen Neutralität heraus sprechen kann.

Ich bin ganz klar der Meinung, dass es möglich sein sollte, eine klare Regelung zu finden. Man kann ohne Weiteres eine mathematisch eindeutige Regelung einführen. Ich habe vor einigen Jahren eine solche erarbeitet. Das ist aber einfach ein Beispiel, es gibt verschiedene Lösungsansätze, die im Raum stehen. Wir sollten hier aber nicht jedes zweite Jahr immer wieder eine Debatte darüber führen. Dafür haben uns die Wählerinnen und Wähler nicht hierhergeschickt. Wir haben als Parlament andere Aufgaben. Jede Minute, in der wir hier über dieses Thema sprechen – wer das Grossratspräsidium erhält, wer vielleicht nicht – ist verlorene Zeit. Das sind verlorene Steuergelder, und das ist unserem Rat nicht würdig. Deshalb möchte ich sehr stark dafür appellieren, dass wir eine Regelung finden, die fair, eindeutig und flexibel ist, und welche die verändernden Wähleranteile flexibel aufgreift. Das erspart uns künftig hoffentlich solche Diskussionen.

Die EDU-Fraktion findet, dass das Büro mit einem Postulat weiterhin den Auftrag hat, an diesem Thema zu arbeiten. Jakob Schwarz hat sich zu diesem Thema immer wieder sehr gut eingebracht; er wird das weiterhin tun. Ich stehe ebenfalls zur Verfügung, um eine konkrete Lösung auszuarbeiten. Ich möchte dafür appellieren, dass wir hier bald eine gute und faire Regelung finden.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne), Fraktionssprecherin. Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen. Samuel Kullmann sagt es richtig: eine Regelung finden. Genau das wollen wir, und ich finde das auch wichtig. Es ist störend, dass wir in diesem Grossen Rat nicht in der Lage sind, so vorzugehen, wie ich es von Thun kenne. In unserem Parlament gibt es keine Diskussionen. Nach den Wahlen wird geprüft, wie der Proporz ist, dann wird abgemacht, wie man die nächsten sechs Jahre vorgeht. Weshalb? Man wählt ja den zweiten und ersten Vize auch gerade. Wer kommt an die Reihe? Personalplanung, das wurde auch bereits gesagt: Die Fraktionen müssen prüfen, wer in Frage kommt. Wir wollen nicht, dass eine Fraktion allenfalls Anspruch hat, aber vielleicht niemanden hat. Und dann kommen vielleicht Personen zum Zug, die ja ... Personalplanung ist wirklich wichtig, damit auch die kleinen Fraktionen dies machen können.

Ich staune zudem schon, wenn ich von dir, Stefan Costa, höre, es gäbe nicht wirklich ein Gesetz, das etwas regelt, und dass wir hier einfach wählen. Dann nehmen wir doch die Anpassung vor und streichen aus dem GRG, dass der Stärke der Fraktionen angemessene Rechnung zu tragen ist. Ich verstehe dich so, dass dies eine freie Interpretation ist. Aber dann streichen wir das doch! Dann können wir hier einfach wählen. Ich habe das Wort Jekami gehört – ja, dann machen wir doch das. Dann haben wir hier einfach ein bisschen ein Gerangel.

Aber ich finde eben, dass genau das in diesem Gesetz steht. Wir missachten dieses Gesetz, und das stört mich. Ich will eine gerechte Regelung. Das ist kein grünes Anliegen, liebe Barbara. Das Anliegen ist, dass wir hier genau solche Debatten nicht mehr führen müssen, sondern die Grösse haben, nach den Wahlen festzulegen, wie das während der nächsten sechs Jahre aussehen soll. Dann kann man planen, und die Fraktionen sind in diesem würdigen Amt dem Wählerwillen entsprechend angemessen vertreten. Das ist unser Wunsch. Es geht nicht um ein grünes Anliegen, sondern um eine faire, klare Lösung und Voraussetzung. Vielen Dank deshalb für die Überweisung – in welcher Form auch immer. Ich wäre froh um eine Motion, aber wir werden das vom Urheber hören.

Le président. Je laisse la parole brièvement à M. le député Costa pour une réponse.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Fraktionssprecher. Eine kurze persönliche Rückmeldung an Andrea de Meuron: Einverstanden! Ich wollte – vielleicht mit etwas holzigen Formulierungen – ausdrücken, dass man etwas ändern müsste. Wenn man eine solche Abmachung trifft, ist danach niemand daran gehalten. Wir haben so gesehen keine Differenz. Würde man eine solche Abmachung treffen, muss man die auch irgendwo verbindlich festhalten können. Das ist im Moment in der aktuellen Situation schlicht nicht möglich. Die Ratsmitglieder müssen sich nicht an eine Abmachung halten, da bin ich mit dir einverstanden.

Le président. Les groupes se sont prononcés, je laisse maintenant la parole à M. le premier vice-président Martin Schlup pour le Bureau.

Vizepräsident, Büro-Sprecher. Es ist hier fast ein bisschen ein Kampf der Titanen – oder Präsidenten – entsprungen. Aber ich denke, es ist wichtig, dass das einmal richtig geregelt wird. Das Grossratspräsidium wird vom Rat gewählt. Das war eigentlich immer so, und vorgegeben ist, «der Stärke der Fraktionen angemessene Rechnung zu tragen».

Es steht auch noch drin, dass pro Fraktion einmal pro Legislatur jemand Grossratspräsident sein kann. Die Vorgabe einer angemessenen Vertretung – das haben wir hier in der Diskussion eigentlich schon gehört – kann natürlich verschieden ausgelegt werden. Man kann sich fragen, über welchen Zeitraum das denn angemessen sein soll – über eine Legislatur, oder über zwei? Übrigens ist das im Nationalrat genau gleich. Auch dort wird von einer «angemessenen Stärke der Fraktionen» gesprochen. Da geht es aber über einen längeren Zeitraum. Z. B. war dort ein Mitglied der Grünen zum letzten Mal 2012 Präsidentin, und jetzt aktuell wieder 2021/2022.

Zu betonen ist auch, dass das Erfordernis der Berücksichtigung der Fraktionsstärke sowohl beim Präsidium des Nationalrates wie auch bei uns im Grossen Rat offener und lockerer ist als z. B. das

Kommissionspräsidium. Das Kommissionspräsidium wird strikt nach Fraktionsstärke ausgerechnet, ist eine rein rechnerische Auslegung und wird auch so gehandhabt. Es kann aber auch dort zu Kampfwahlen kommen. Das hatten wir ja auch schon – im Juni 2014 oder im Juni 2018. Der Rat hat auch diesbezüglich einen gewissen Spielraum.

Die Praxis im Kanton Bern für das Grossratspräsidium ist im Übrigen seit 1990 so. Es ist auch so – das wurde auch schon gesagt –, dass früher die drei grossen Parteien SVP, SP und FDP je einmal pro Legislatur einen Präsidenten stellen konnten. Die übrigen Parteien haben sich das letzte Jahr untereinander aufgeteilt. Das gab aber ungefähr in den letzten zehn Jahren immer wieder Diskussionen, weil sich die Stärken ein bisschen verschoben haben. Im Jahr 2018 – das wurde auch schon gesagt – haben Gespräche unter einigen Fraktionen stattgefunden, die sich eigentlich auf einen Turnus geeinigt haben. Aber dort waren auch nur ein paar Fraktionen dabei.

Gemäss dieser Absprache wäre eigentlich vorgesehen, dass die SVP und SP wieder klar einmal pro Legislatur Anspruch haben. Für die anderen zwei Jahre würde man zwei Töpfe machen, einerseits mit den kleineren bürgerlichen Parteien, andererseits mit den kleineren linken Parteien. Dann würde abgewechselt. Das wäre auch eine Möglichkeit. Neben der Absprache unter den Fraktionen sind auch andere Wege denkbar, um zu versuchen, den Fraktionsstärken besser Rechnung zu tragen. Es wurde auch schon erwähnt, dass der Stadtrat von Thun ein System hat, das vorgängig festlegt, wer das macht. Letztlich hat aber auch dort immer noch das Parlament die freie Wahl, wen es dann schlussendlich zum Präsidenten wählt.

Weil es keine einfache Lösung gibt, ist das Büro ganz klar der Meinung, dass wir bezüglich der Frage, ob wir einen Turnus wollen, wie dieser konkretisiert wird und für eine verbindlichere Regelung noch Abklärungen brauchen. Sonst werden wir hier diese Diskussionen immer wieder haben; das wird immer wieder kommen, je nachdem, wie es gerade passt. Manchmal geht es eben rechnerisch nicht so ganz auf.

Die Funktion wurde noch angesprochen. Ich glaube, dass die Funktionen des Grossratspräsidenten klar sind. Darüber müssen wir wohl nicht mehr diskutieren. Aber sicher darüber, wer wann Anspruch hat. Ich wiederhole noch einmal: Es wurden viele gute Gründe genannt, weshalb man da genauer hinschauen muss. Das Büro empfiehlt ganz klar, die Motion als Postulat anzunehmen.

Le président. Le motionnaire souhaite reprendre la parole, je laisse le micro à M. le député Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Motionär. Ich möchte mich bedanken für die Debatte. Es würde mir nicht anstehen, mich als Vize-Fraktionspräsident – ich bezeichne mich in dieser Funktion immer als Knecht der Fraktionspräsidentin – jetzt noch zum Kampf der Titanen zu äussern, der hier angesprochen wurde. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Nur etwas möchte ich noch sagen: Es wurden jetzt teilweise über 2018 und 2014 Dinge erzählt, die nicht genau dem entsprechen, was da passiert ist. Ich kann das verstehen in der Hektik der Debatte, und auch nach so vielen Jahren – da haben wir das nicht mehr so genau in Erinnerung. Etwas möchte ich aber präzisieren: Barbara Josi hat gesagt, die Grünen hätten 2018 verzichtet. Wir haben auf nichts verzichtet. Das will ich einfach noch schnell festhalten.

Eine weitere Bemerkung: Ich bin enttäuscht über die Haltung und den Positionsbezug insbesondere der Fraktion, die seit Jahren nicht angemessen, sondern viel zu stark im Präsidium vertreten ist. Aber ich will nicht länger «stürmen». Ich bin dankbar für alle, die gesagt haben, sie würden das als Motion unterstützen. Ich glaube, es wird nicht reichen als Motion, deshalb wandle ich in ein Postulat und danke, wenn jetzt eine grössere Mehrheit diesem Postulat zustimmt und damit zeigt, dass wir das bei der nächsten Präsidiumswahl einigermassen gesittet abhandeln wollen – im Einklang mit dem GRG.

Le président. La motion a été transformée en postulat. Nous allons donc voter cette affaire du point numéro 51 sous la forme d'un postulat : les député-e-s qui sont d'accord avec cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.203: als Postulat / sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	97
Nein / Non	39
Enthalten / Abstentions	3

Le président. Vous avez accepté cette intervention sous la forme d'un postulat.